

## BBB sieht Stunde der Wahrheit gekommen

(Bruchköbel/pm) – Mit der Genehmigung des Haushalts 2011 werde klar, dass Bruchköbel den finanziellen Bogen bei den Verwaltungskosten überspannt habe, so teilt der BBB in einer geharnischten Pressemitteilung mit.

Die Ausgaben für Personal, Verkehrsanlagen sowie öffentlichen Personennahverkehr seien weiter angestiegen. Die Kommunalaufsicht nenne auch Ausgabensteigerungen für Finanzberater, Steuerberater, Sachverständige und Rechtsanwälte. Die Kostensteigerungen in diesem Bereich habe man wiederholt kritisiert, so Alexander Rabold (BBB).

Wenn zusätzliches Personal eingestellt wurde, sei es unverständlich, dass gleichzeitig immer mehr Berater von außen teuer bezahlt werden. Die Kritik des BBB sei von Bürgermeister Maibach und Erstem Stadtrat Ringel immer wieder bagatellisiert oder zurückgewiesen worden. Der Bürgermeister habe sogar direkt nach seinem Amtsantritt 2008 öffentlich gesagt, beim Personal bestehe „Nachholbedarf“. Wo also vorher gespart wurde, sei seither munter Personal eingestellt worden, so Rabold. Die Kommunalaufsicht habe nun angeordnet: „Die Stellenbewirtschaftung der Stadt Bruchköbel ist so zu führen, dass die Personalkosten nachhaltig begrenzt werden. Bis auf weiteres ist vor einer Stellenbesetzung eine Frist von mindestens 12 Monaten einzuhalten. Auf die Schaffung neuer Stellen ist grundsätzlich zu verzichten.“

Nun könnten sich die Verantwortlichen nicht länger verstecken, so der BBB. Der Bürgermeister habe in den letzten drei Jahren immer wieder er-

klärt, alle Leistungen gehörten auf den Prüfstand. Geschehen sei aber nichts. Haushaltskonsolidierung und sparsame Verwaltungsführung hätten nur virtuell in der Wahlpropaganda von CDU und Bürgermeister stattgefunden. Der Weg in die Pleite sei nun so gut wie vorprogrammiert. Wenn die Kommunalaufsicht jetzt darauf hinweise, dass allein im Bereich der Kindertagesstätten Personal- und Sachkostensteigerungen um 1,3 Millionen Euro erfolgt seien, werde verständlich, warum der BBB Klarheit in der Frage der Personalkosten haben wollte. Das sei vor der Kommunalwahl arrogant und selbstherrlich verhindert worden. Der vom BBB verlangte Akteneinsichtsausschuss sei mit der Mehrheit von CDU und Grünen ohne irgendwelche Ermittlungen aufgelöst worden. Den harten Finanzzahlen könne man aber auf Dauer nicht entkommen. Jetzt schlage die Stunde der Wahrheit. CDU/Grüne und ihr Bürgermeister und Erster Stadtrat müssten jetzt, da sie nahezu alle Vorschläge anderer Gruppierungen im Stadtparlament abgelehnt hätten, die alleinige Verantwortung übernehmen. Der Dilettantismus in der städtischen Finanzpolitik dauere aber fort, wenn der Bürgermeister nun wie schon im Vorjahr die Haushaltseinbringung um drei Monate verschieben wolle, obwohl die strukturellen Probleme seit drei Jahren vom BBB benannt und daher bekannt seien. Die BBB-Fraktion fordere den Bürgermeister daher auf, den Haushaltsentwurf für 2012 bis spätestens Oktober vorzulegen, dabei die strukturellen Probleme zu lösen und einen Ausgleich zu erreichen.